



#dieschmidt

der newsletter

18.01.2019

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

ich hoffe, Sie haben / Du hast einen schönen Jahreswechsel erlebt. Für das Jahr 2019 wünsche ich Ihnen / Dir alles Gute.

Zu Beginn jeden Jahres, trifft sich die SPD-Bundestagsfraktion zu einer Klausurtagung. Es freut mich ganz besonders, dass wir uns dieses Jahr mit der Kindergrundsicherung befasst haben. Ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt. Das Beschlusspapier steht [hier](#) auf meiner Webseite zur Verfügung.

Nun ist schon wieder die erste Sitzungswoche des Jahres vorbei. Mit ganzen acht Minuten Länge habe ich heute meine bisher längste Rede im Deutschen Bundestag gehalten. Anlass war ein Antrag der Partei die Linke (PDL) zur sogenannten Wohnkostenlücke. Das Thema bezahlbare Wohnung wird für Menschen in Hartz IV oder in der Sozialhilfe dann ein Problem, wenn das Amt weniger Wohnkosten übernimmt als die Wohnung real kostet. Das Gute vorweg: diese Lücke schrumpft seit 2011. Dennoch bleibt sie ein Problem, dem wir uns widmen müssen. Wir erleben es täglich: Es fehlen bezahlbare Wohnungen. Das Angebot passt nicht zum Bedarf. Wir machen uns auf den Weg, das zu ändern und haben deswegen viele gute Maßnahmen beschlossen: **Wir stärken den sozialen Wohnungsbau mit 5 Milliarden Euro des Bundes bis 2021. Wir unterstützen Familien mit dem Baukindergeld. Wir fördern den Mietwohnungsneubau.** Der Bund geht mit gutem Beispiel voran und schafft Wohnungen für seine Bediensteten. Ich hoffe, dass sich Länder und Unternehmen ein Beispiel daran nehmen.

Heute Morgen hat der Bundestag die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Marokko und die Tunesische Republik zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Ich habe bei dieser Abstimmung mit „Nein“ gestimmt. Warum ich dem Gesetz entgegen der Fraktionsmehrheit nicht zustimmen konnte, erkläre ich [hier](#).

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

100 Jahre Frauenwahlrecht

Gestern haben wir in einer Feierstunde das 100-jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts in Deutschland gefeiert. Ein Meilenstein in der



Geschichte der Demokratie in Deutschland. Und eine der zentralen Errungenschaften in der über 150-jährigen Geschichte der SPD. Denn es waren mutige Sozialdemokratinnen wie Marie Juchacz, Clara Zetkin und Luise Zietz, die das aktive und passive Wahlrecht für Frauen erkämpft haben. Heute dürfen Frauen wählen und gewählt werden, wir haben sogar eine Bundeskanzlerin. Von tatsächlicher Gleichstellung sind wir aber noch immer weit entfernt. Politikerinnen sind in der Minderheit, denn Parität herrscht in unseren Parlamenten auch nach 100 Jahren Frauenwahlrecht nicht. Nur 30,9% der Abgeordneten des Deutschen Bundestages

sind Frauen. Unsere Aufgabe, 100 Jahre später, ist es dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer zu gleichen Teilen in unseren Parlamenten vertreten sind und damit die Gesellschaft und ihre Vielfalt widerspiegeln und dementsprechend vertreten. **Deshalb ist klar: Der nächste Schritt muss die Parität sein!**

Europa, Großbritannien und der Brexit



2019 steht ganz im Zeichen Europas. Einerseits beschäftigt uns die Frage, wie es mit dem Brexit weitergeht (...weiterlesen). Andererseits wählen wir im Mai ein neues Europäisches Parlament. Dabei stehen die Bürgerinnen und Bürger vor der Wahl, wie unser Europa in der Zukunft aussehen soll. **Europa ist nicht nur ein gemeinsamer Markt, sondern vor allem ein Friedensprojekt und eine starke gemeinsame Wertegemeinschaft.** Es geht um gemeinsame europäische Sozialstandards, die vor Sozialdumping schützen. Es geht um eine gerechte Besteuerung, damit nicht nur die Handwerkerin oder der Handwerker vor Ort, sondern auch

Internetgiganten und internationale Konzerne ihre Steuern zahlen. Es geht darum, unser demokratisches System vor Angriffen zu schützen und globale Regeln vor allem zur Einhaltung der Menschenrechte auf der ganzen Welt durchzusetzen. Es geht um viel. **Dafür treten wir mit Dr. Katarina Barley und Udo Bullmann an der Spitze am 26. Mai 2019 zur Europawahl an.** Wir wollen, dass diese Europawahl eine Entscheidung für mehr Gerechtigkeit, für mehr Demokratie, für mehr Europa wird.

Mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich

Diese Wochen wurde der Nationale Bildungsbericht 2018 im Bundestag vorgestellt. Die Ergebnisse des Berichts zeigen: Es gibt noch viel



zu tun auf dem Weg zum bildungspolitischen Ziel der Chancengleichheit. Kinder aus Haushalten mit hohem Bildungsgrad besuchen häufiger (76%) allgemeinbildende Schulen, die zu einer Hochschulreife führen, als Kinder aus Haushalten mit niedrigerem Bildungsstand (54%). Zudem hat weiterhin jedes vierte Schulkind Probleme mit dem Zugang zu Bildung und der Nutzung der Bildungsangebote.

Um diese sozialen Ungleichheiten zu überwinden, haben wir im Koalitionsvertrag eine Bund-Länder-Initiative verankert, die Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen

Aufgaben der Integration besser fördern soll. Zugleich ist es uns gelungen, eine Anschubfinanzierung von zwei Millionen Euro für dieses Vorhaben im Haushalt 2019 zu verankern. Bildung ist Landesaufgabe. Mit der Abschaffung des Kooperationsverbots wollen wir dafür sorgen, dass Bund und Länder bei dieser gesellschaftlich wichtigen Aufgabe stärker zusammen arbeiten können.

In einem Antrag der Koalitionsfraktionen fordern wir die Bundesregierung daher auf, zügig ein Konzept für die Förderung von Schulen in benachteiligten Lagen zu entwickeln. Das Projekt soll auf eine Laufzeit von insgesamt zehn Jahren ausgelegt sein und mit der bereitgestellten Anschubfinanzierung spätestens im vierten Quartal 2019 starten. Nach dem Auftakt 2019 soll der Bund für die Erprobungsphase zunächst jährlich fünf Millionen Euro zur Verfügung stellen. Sobald die Transferphase beginnt, soll die Unterstützung durch den Bund auf 7,5 Millionen Euro jährlich steigen. Insgesamt werden mit dem Vorhaben in gemeinsamer Finanzierung mit den Ländern mindestens 125 Millionen Euro für mehr Chancengleichheit zusätzlich zur Verfügung gestellt.